

Der Streik der Bergarbeiter.

Aus dem rheinisch-westfälischen Streikgebiet liegen heute dem „B. Z.“ die folgenden Depeschen vor:

Aachen, 17. Mai. Die Belegschaften auf den Zechen des Schweißer Bergwerksvereins sind heute früh ziemlich vollständig angefahren. Auf den Gruben der Vereinigungs-Gesellschaft wird noch gestreikt. In Kopscheid ist die Zahl der Gewerksamen bedeutend vermehrt; doch verhalten sich die Arbeiter vollständig ruhig.

Bochum, 17. Mai. Ein soeben veröffentlichter Aufruf des Zentral-Strätk-Komitees fordert die Arbeiter, da in Berlin eine Einigung noch nicht erzielt sei, zum weiteren Festhalten an ihren Forderungen an. Auf manchen Zechen ist bereits eine Einigung im Gange und ein Teil der Belegschaften angefahren.

Bochum, 17. Mai. In den maßgebenden Kreisen der Arbeiter wird man Dr. Hammacher gewissermaßen als Verräther an der Sache der Arbeiter; es wird sogar behauptet, daß letztere dessen Protokoll für unverständlich halten.

Bochum, 17. Mai. Nachdem die Nachricht betreffs des Ausgleichs hier in der Tonhalle, wo die Delegierten ein- und ausgehen, mit tiefer Befriedigung, ja mit mißsam zurückgehaltenen Jubel aufgenommen war, ist nach dem Scheitern der Verhandlungen der Umschlag nun so erbittert. Man fürchtet, daß die Vertreter der Grubenbesitzer ein gefährliches Spiel spielen. Ein blaues Plakat des hiesigen Zentralkomitees theilt den Kameraden die Schicksale mit, wozu sie vor Optimismus und Abfall und verweist auf den Delegiertenkongress, welcher am Sonntag hier stattfinden wird.

„B. Z. B.“ meldet: Dortmund, 17. Mai. Der „Rhein-Westf. Ztg.“ zufolge haben bis jetzt 30,296 Mann die Arbeit wieder aufgenommen; es ist dies ein Drittel sämtlicher Streikenden.

Essen, 17. Mai. Wie die „Rhein-Westf. Ztg.“ meldet, haben heute Morgen abermals Bergarbeiter in größerer Zahl als gestern die Arbeit wieder aufgenommen. Namentlich im Dortmund und Gelsenkirchener Revier sei die Zahl der Eingefahrenen eine beträchtliche. Gestern Abend 7 1/2 Uhr lehrte die Abordnung der Bergleute von Berlin nach Dortmund zurück. Die selben geben der Hoffnung auf eine baldige Verständigung Ausdruck. Heute Nachmittag findet in Dortmund eine große Versammlung von Bergarbeitern zur Entgegennahme des Berichts der Deputation statt.

Während der Streik im westfälischen Kohlenrevier beendet ist, begannen sich die Bergleute an verschiedenen anderen Orten zu regen. Es liegen uns darüber folgende Depeschen vor:

Am Mittwoch waren nach der „B. Z.“ in Bielefeld, im nördlichen Saarkohlenbecken, Bergleute von 7 Inspektionen versammelt. Sie beschloßen, vorläufig zu streiken, um Gewährung neuanschaffender Arbeitszeit, eingerechnet die Einfahrt und Ausfahrt, statt der jetzt geltenden zwölf- bis dreizehnhündigen, sowie um einen Schichtlohn von 3,50 Mark und einem Gehaltslohn von 4 Mark. Die Versammlung verlor unter dem Vorsitze des Bürgermeisters aus Unklarheit ganz ruhig und schloß mit einem Hoch auf den Kaiser.

Eleganz, 17. Mai. Das erste Bataillon des hiesigen Regiments wird zum eventuellen Abmarsch ins Streikrevier von Badenburg marschbereit gehalten.

Aus Ober-Schlesien wird berichtet, daß auf den Zechen „Deutschland“ bei Schwenkowitz und „Waterscheid“ bei Rottow ein Teil der Belegschaft die Arbeit eingestellt hat.

Die königliche Berginspektion in Königs-Grube erhöhte die Hauer- und Schlepperlöhne, ebenso die Antonienhütte.

Zwickau, 17. Mai. In einer gestern stattgefundenen Versammlung der Grubenarbeiter wurde beschlossen, von den Bergwerksverwaltungen eine Lohnerhöhung von 30 pCt. und Verabreichung der Schichtzeit von 12 auf 8 Stunden, einschließlich der Ein- und Ausfahrt, zu verlangen. Auf die Antwort der Bergwerksbesitzer soll bis Montag Abend 6 Uhr gewartet werden.

Deutschland.

Berlin, 17. Mai. Der hiesige Magistrat hat folgendes Schreiben erlassen:

„Am 21. d. Mts. Vormittags will Se. Majestät der König von Italien in Berlin einreisen. Die Gemeindegewalten haben beschlossen, die Straßenzüge, welche von der Einfahrt berührt werden, nämlich die Königsgräber Straße vom Anhalter Bahnhof bis zum Brandenburger Thor und die Straße unter den Linden festlich zu schmücken. Sie hoffen, daß die Anwohner dieser Straßenzüge durch Ausschmückung der Häuser ebenfalls dazu beitragen werden, daß dem hohen Besuchenden unseres Kaisers und Königs, dem Herrscher des befreundeten italienischen Volkes, förmlich bei seinem Eintritt das Gefühl der Verehrung entgegengetragen wird, welches das deutsche Vaterland und die deutsche Hauptstadt für ihn empfinden.“

Dr. Hinzpeter, der Erzieher des Kaisers, wollte in diesen Tagen in Dortmund, um sich über den Streik zu informieren. Derselbe hat einen eingehenden Bericht an den Kaiser erstattet.

Die Nachricht der „Germania“, daß Finanzminister von Scholz im Vergriff stehe, seine Entlassung nachzuweisen, hat bisher eine Befriedigung von anderer Seite nicht erfahren. Die „Vörsenzeitung“ will Informationen erhalten haben, denen zufolge die Nachricht

unbegründet sei. Der Minister hätte keinen Anlaß, sich durch die Vertagung der Steuerreform in Preußen persönlich betroffen zu fühlen.

Der Bundesrat trat am 16. d. M. unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretärs des Innern von Büttner, zu einer Plenarsitzung zusammen. Ein Antrag von Bremen, betreffend die Branntwein-Kontingentmenge einer dortigen Brennerei, wurde den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Hierauf wurde über die Sr. Majestät dem Kaiser zu unterbreitenden Vorschläge wegen Befreiung zu unterbreitenden Vorschläge wegen Befreiung einer Mitgliedsstelle beim Reichs-Versicherungsamt, sowie verschiedener erledigter Stellen bei den Disziplinarbehörden Beschluß gefaßt; ferner den Beschlüssen der beteiligten Genossenschaftsversammlungen wegen Aufhebung folgender Industriezweige: der Dach- und Dachpappe-Fabrikation, der Edel- und Halbedelstein-Schleiferei und -Schneiderei, der Speiseeis- und Eiscreme-Fabrikation zu anderen Berufsgenossenschaften die Genehmigung erteilt. Dem Antrage des Justiz-Ausschusses entsprechend wurde dem Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des § 4 des Strafgesetzbuchs die Zustimmung erteilt.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Zwangs-vollstreckung in das unbewegliche Vermögen soll, wie die Versammlung ferner beschloß, die nützliche geschäftliche Behandlung erfahren, wie der Entwurf einen bürgerlichen Gesetzbuch. Schließlich erfolgte die Ernennung von Kommissarien zur Beratung von Vorlagen im Reichstag, und die Vorlegung von Eingaben.

S. M. Jahrgang „Loreley“, unter Kommando des ersten Offiziers, Leutnants zur See von Bassow, ist am 14. Mai cr. in Jaffa eingetroffen, und beabsichtigt, am 18. d. Mts. wieder in See zu gehen.

S. M. Kreuzerfregatte „Sophie“, Kommandant Korvetten-Kapitän Verbing, ist am 16. Mai cr. in Melbourne eingetroffen und beabsichtigt am 17. d. Mts. in See zu gehen.

Die „B. Z.“ schreibt: „Die Provinzialblätter berichten, wäre die Ansprache des Kaisers an die Arbeiterabordnung unter dem Eindruck der Thatsache erfolgt, daß die Abordnung bei ihrem Eintreffen von Berliner Sozialdemokraten auf dem Bahnhof empfangen und mit diesen in Verbindung getreten war. Was hier für eine Thatsache ausgegeben wird, beruht, wie wir zufällig wissen, auf einem Mißverständnis. Als die Arbeiterabordnung auf dem Friedrichstraße-Bahnhof eintraf, wurde sie von einem Landmann begrüßt, der die Herren auch in ein Hotel führte. Gleichzeitig war auch ein Beamter, wie man annimmt, des Ministeriums des Innern, anwesend. Der Landmann der Arbeiter, der, nebenbei bemerkt, Herausgeber einer politischen Korrespondenz ist, wurde für die Dauer der Anwesenheit der Arbeiterabordnung unter Polizei-Kontrolle gestellt. Der betreffende Herr ist der Herausgeber einer Korrespondenz für „Zentrumblätter“. Im Uebrigen ist unser Wissen auch heute noch niemand darüber unterrichtet, welcher politischen Partei die Mitglieder der Arbeiterdeputation angehören.“

Nachdem vorgestern der in der zweiten Sitzung der Samoa-Konferenz eingeleitete Ausschuß eine lange Beratung abgehalten hatte, trat das Plenum der Konferenz gestern, Freitag, Nachmittags im Auswärtigen Amt zu seiner vierten Sitzung zusammen.

Die vom Kaiser Wilhelm I. und der Kaiserin Augusta aus Anlaß ihrer goldenen Hochzeit gestiftete Jubiläum-Medaille wird, der „Post“ zufolge, auch von Kaiser Wilhelm II. in Gemeinschaft mit der Kaiserin weiterhin verliehen werden. Die Verleihung wird in derselben Weise und nach denselben Grundregeln, wie bisher geübt, an würdige, einer Unterstützung nicht bedürftige Ehepaare zur Erinnerung an die Feier ihrer goldenen oder diamantenen Hochzeit durch den Kaiser erfolgen.

Der Schlusssatz der gestern stizierten Abhandlung des Geheimen Ober-Regierungsraths Dr. Dürers: „Hat die Vernehmung der Hauptparas aus den Betriebsbeurteilungen oder aus ordinarischen Fonds zu erfolgen“, beschäftigt sich mit der nicht sowohl die Eisenbahnverwaltung als die Finanzverwaltung des Staates berührenden Frage, ob es richtiger sei, die Aufwendungen zur Vernehmung der Betriebsmittel in das Extraordinarium des Staats einzustellen, oder den Weg der Anleihe zu beschreiten.

Vorab wird nachgewiesen, daß die Eisenbahnverwaltung von der Entscheidung dieser Frage insofern nicht berührt wird, als nach dem Eisenbahngarantengesetz sowohl die im Extraordinarium ausgebrachten als die im Wege der Anleihe flüssig gemachten Beträge der Eisenbahnbaukosten zu wachsen und aus dem Eisenbahnüberschuß verzinst bzw. getilgt werden müssen.

Sodann wird dargelegt, daß für die Verweisung einer Auswendung in das Extraordinarium oder auf Anleihen neben ihrer Natur und Zweckbestimmung auch finanz- und wirtschaftspolitische Momente entscheidend mitwirken. Indem nochmals betont wird, daß Aufwendungen zur Vernehmung der Hauptparas der Eisenbahnen ihrer Natur nach zur Deckung mittelst Anleihen eingenommen werden mit vollem Recht die finanzpolitischen Bedenken dargelegt, welche der Einstellung von ihrer Natur nach zur Deckung mittelst Anleihen geeigneter Ausgaben in das Extraordinarium des Staats aus finanziellen Gründen entgegenstehen, während umgekehrt die Absicht, die Kapitalien der produktiven Privatwirtschaft nicht zu entziehen, dazu führen kann, auch außerordentliche Aufwendungen aus etatsmäßigen Mitteln zu bestreiten.

Wenn auch nicht auf dem Gebiete der Finanzpolitik, so doch auf dem Gebiete zweckmäßiger und richtiger Finanzabrechnung liegen die weiteren Erwägungen, welche vom Standpunkt der Stabilität und Uebersichtlichkeit der letzten gegen eine Veränderung des bisher kon-

quent festgehaltenen Verfahrens, derartige Aufwendungen zur Vernehmung der Hauptparas auf Anleihen zu übernehmen, ohne zwingenden Grund sprechen. Sie werden durch den Hinweis auf die Befreiung des Extraordinariums verflärkt; letzteres hat sich einschließlich des laufenden Etats stetig in der Grenze zwischen 3 und 5 Prozent des Ordinariums bewegt und auch das Extraordinarium der Eisenbahnverwaltung bewegt sich in jenen, wenn auch etwas knapper bemessenen Bahnen. Es weicht ausnahmsweise von 2 bis 2 1/2 Prozent des Ordinariums ab.

Schließlich wird aber mit Recht darauf hingewiesen, daß das bisherige Verfahren es allein ermöglicht hat, in den Jahren knapper Erträge den Bedürfnissen des Verkehrs gerecht zu werden und daß es selbst in den letzten Jahren unerlässlich war, um die Erleichterung der Volksschulden um 26 Millionen Mark, die Befreiung der Reichenbeiträge der Beamten, und wie wir hinzufügen, der Volksschullehrer, die Aufbesserung der Stellung der Geistlichen und Lehrer und so manches andere noch zu ermöglichen. Ohne Zweifel wird diese Abhandlung dazu beitragen, auch bei denen, welche sich ein klares Bild von der Sache aus den Verhandlungen des Landtags noch nicht machen konnten, die Ueberzeugung herbeizuführen, daß in dem bisherigen Verfahren der einzig richtige Weg zur Wahrung der staatswirtschaftlichen Interessen innegehalten wird.

Nach längerem und schwerem Krankenlager ist die Königin-Mutter Marie von Bayern heute früh in Hofenschwangau gestorben. Die Wahrheit des Dichterspruchs, daß des Lebens ungemüßte Freude keinem Sterblichen zu Theil werde, daß sie in ihrem 63jährigen Lebenslauf, namentlich in ihren Wiltwensjahren, bitter erfahren mußte. Sie wurde geboren am 15. Oktober 1825; ihre Eltern waren Prinz Wilhelm von Preußen, der Bruder des Königs Friedrich Wilhelm III., und Prinzessin Marianna von Hessen-Homburg. Am 12. Oktober 1842 wurde sie mit dem Kronprinzen Maximilian von Bayern vermählt, der nach Abdankung seines Vaters Ludwig I. am 21. März 1848 den Thron bestieg. Am 10. März 1864 starb ihr Gemahl, erst 53 Jahre alt, und ihr erst 18jähriger Sohn Ludwig übernahm die Regierung, die vor nun drei Jahren unter so traurigen Umständen, welche grade ein Wiltwensjahr erfüllten mußten, seinen Händen entging. Ihr zweiter Sohn Otto, auf den die Krone überging, ist ihr wie seiner ganzen Familie durch die gleiche Unmuthung längst entzogen. In ihrem eigenen Leben war es besonders ein Ereignis, welches der Augenwelt eine Zeit lang Anlaß gab, sich eifriger mit ihr zu beschäftigen; es war dies ihr Uebertritt zur katholischen Kirche, der nicht etwa bei ihrer Vermählung mit dem katholischen Thronerben geschah — Prinz und Königin war in religiösen Dingen sehr eifrig —, sondern am 12. Oktober 1874, im 11. Jahre ihrer Wiltwenschaft.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 15. Mai. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses kam endlich die Wahlprüfung des galizischen Abgeordneten Dr. Bloch zur Erledigung. Gegen diese Wahl wurden von den gegnerischen Wählern Blochs massenhafte Proteste erhoben und sogar Klagen beim Strafgericht wegen Erpressung und Korruption anhängig gemacht. Der Legitimationsausschuß beschloß, sich vier volle Jahre mit dieser Wahl und gelangte zu einem gar merkwürdigen Beschlusse, der in dem Sinne gipfelt: der Wahl ist allerdings nicht korrekt gewesen, aber bei den Zuständen im Wahlbezirk Blochs ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auch bei der nächsten Wahl Erpressungen und Korruption ausgeübt würden, folglich wird die Annullierung der Wahl empfohlen! Gegen diesen Antrag traten die Antisemiten auf und bei diesen Angriffen wurden die Liberalen arg in Mitleidenschaft gezogen, weil es ein Liberaler war, welcher die Annullierung im Ausschusse beantragt und das Referat angenommen hatte. Heute kam die Sache zur Entscheidung. Die Vereinigte deutsche Linke suchte die Haltung des Reichstages, ihres Mitgliedes Dr. Weber, zu korrigieren, indem Plüsch die neuerliche Vertagung beantragte; dagegen forderten die Antisemiten, daß die Wahl ungültig erklärt werde, und der antisemitische Abgeordnete Kaiser zog gegen die Begründung des Berichtes heftig los, indem er sein Staanen darüber äußerte, daß ein ehemaliger Staatsanwalt solche Theorien aufstellen könne, weil man ja dann auch einen Dieb lausen lassen müßte, da sicher voraussetzen wäre, daß derselbe gleich nach Wiedererlangung seiner Freiheit neuerlich stehlen würde. Der Reichstagsantrag Plüschs fiel, nachdem die Polen auf Erledigung gedrängt hatten, und so wurde die Wahl Blochs mit 135 gegen 71 Stimmen als gültig erklärt. Die Linke stimmte zurück. Vielleicht wollten diejenigen, welche für Bloch stimmten, die Herren von der Majorität, wenigstens die Polen, einer anderen Wahl, nämlich jener des Abgeordneten Kaspich, freundlicher stimmen, einer Wahl, die von den Antisemiten noch stärker angefeindet wird. Es wird sich zeigen, ob die Polen für diese Gefälligkeit ein Gedächtniß bewahren werden.

Wien, 17. Mai. (B. Ztg.) Der Gemeinderath lehnte heute einstimmig das Gesuch des christlichen Vereines „Komenek“ um Subventionierung seiner Wiener christlichen Prekatoriale ab. In der Debatte wurde der deutsche Charakter Wiens nachdrücklich betont und das Ansehen als christliche Demonstration und Provokation gekennzeichnet. Läger und die anderen antisemitischen Gemeinderäthe, welche bei der letzten Wahl mit Hilfe der Juden gewählt sind, entfernten sich vor der Abstimmung.

Wien, 16. Mai. Während in Oesterreich der Kampf um die Volksschule geführt wird, streitet man in Ungarn um eine Schule ganz besonderer Art, für welche ich keine Analogie in den Einrichtungen Deutschlands weiß. Wien kennt das Theatrum, ferner die Jesuitenschule von Kolozsurg, in denen Söhne aristokratischer oder auch nur schlechweg reicher Eltern in Zucht und Gottesfurcht ihren Gymnasialstudien obliegen, ohne daß sie jemals ein Haus von den plebejischen Gewohnheiten gewöhnlicher Gymnasien träge. Es ist das eine Art Klosterschule für Knaben, denen man nach fränkischem Muster eine Uniform, im Wiener Theatrum sogar eine Paradebeuge giebt. Eine ähnliche Schule wollte Graf Eszaky, der ungarische Unterrichtsminister, errichten, und zwar sollten die Knaben aus dem katholischen Schulfond vorgezogen werden. Die Geschichte ist an sich ziemlich harmlos, und ich glaube wirklich nicht, daß dahinter eine große ultramontane Verschwörung steckt. Der Minister hat eben nur eine Dummheit gemacht, und verglichen paßt ja. Ministern ganz ohne alle prinzipielle Beigabe. Sein erster Fehler war der, daß er die Sache einleitete und fast zum Abschluß brachte, ohne daß dem Reichstage auch nur ein Sternchen von der Neuierung mitgeteilt worden wäre. Das Abgeordnetenhaus erfuhr ganz nebenbei aus einer Post des Budgets, um was es sich handle. Bei der Eifersticht, mit welcher man hier parlamentarische Rechte überwaht, würde das allein genügen, einen Minister unmöglich zu machen. Nun kommt dazu der gefällige Nebengesam, den die Sache hat. Man sagt, der Minister wolle erstens die Aristokraten von der übrigen Welt absondern, als ob sie eigene Schulen haben müßten. Die Schulen, welche für die gesamte Jugend gut sind, müßten jedoch auch ihnen genügen. Am allerwenigsten habe der Staat den Beruf, solche Schulen zur besseren Absonderung einzelner Klassen zu errichten. Fürs zweite handle es sich um eine katholische Schule, die offenbar unter dem Einfluß der Klerikalen stehen soll. Dagegen sind nicht nur die Protestanten, sondern gerade ebenso die freikirchlichen Katholiken, die geltend machen, daß das Aufwachen bloßer in Ungarn keine Stätte hatte und auch künftig nicht gefördert werden solle. Um das Maß voll zu machen, kommt aber der Streit um die Schule in Desterreich, der anglicanere Gemüther — vielleicht nicht mit Unrecht — auf den Glauben bringt, es regte sich der Geist des Ultramontanismus in der ganzen Monarchie und er wolle auch hier die Schule erobern. Der Anfang ist zwar verhältnismäßig klein, aber man kann nicht wissen, wohin solche Dinge sich entwickeln, wenn erst der Anfang gelungen ist. Das ist in Kürze der Thatbestand. Ich füge hinzu, daß der Angriff diesmal von der Regierungspartei ausgeht, welche nicht dulden will, daß solche „Reformen“ unter ihrem Namen eingeführt werden. Seit zwei Tagen tobt der Kampf im Klub der liberalen Partei um diese Sache — heute soll er entschieden werden, denn heute findet das entscheidende Sitzung statt. Ich werde nicht erman- geln, Ihnen das Ergebnis derselben nebst einigen Erläuterungen mitzutheilen. Wie immer die Sache ausfällt, der Urheber des Rummels, Graf Eszaky, ist ein toller Mann, der, selbst, wenn er wider Erwarten aus der jetzigen Reise unverfehrt hervorgehen sollte, doch nicht mehr fähig ist, mit dem Gewicht aufzutreten, welches einem Regierungsmann unerlässlich ist. Er wird dann spätestens nach der Budgetdebatte gehen, das ist sicherlich ein schlichtes Omen für das neue Kabinett. Die Regierungspartei ist sich dieser letzten fatalen Thatsache bewußt, aber sie ist eher bereit, einen Minister oder auch das Kabinett über Bord zu werfen, ehe sie dem Ultramontanismus das kleinste Thürchen zur Schule öffnet. Das Beispiel der österreichischen Schule wirkt eben mit zwingender Gewalt auf alle liberalen Geister.

Belgien.

Brüssel, 16. Mai. (B. Ztg.) Der vor dem Hennegau'schen Schwurgerichte in Mons gegen die sozialistisch-republikanische Arbeiterpartei schwebende Prozeß hat gestern zu einem allseitigen Aufsehen hervorruhenden Zwischenfalle geführt. Als Hauptbelastungszeuge war der Druckerbail Bourbair vorgeladen. Nun hatten aber die bisherigen Verhandlungen es aufgedeckt, daß der Arbeiter aufgebracht, die Brandaufreife hat drucken lassen, die ganze Verschwörung ergaben, selbst Dynamitanschläge in Scene gesetzt hat und daß dieser Biedermann nahe Beziehungen zu den Ministern Deernaert und De- volder unterhalte und auf deren Empfehlung von der Sicherheitsbehörde verwendet worden ist. Auf Grund dieser Enthüllungen ward Bourbair verhaftet und ist nunmehr auch das Strafverfahren gegen ihn eingeleitet worden; er ist also ein Angeklagter. Gestern sollte er vor dem Schwurgerichte vernommen werden. Vorweg machte der Präsident des Gerichtshofes Herr De- volder dem Angeklagten darauf aufmerksam, daß Bourbair „verdächtig und ein von dem Staate befohlener Angehöriger“ ist. Die Verteidiger hoben im Einklange mit dem Präsidenten hervor, daß eine Vernehmung des Bourbair, da man von ihm als einem Angeklagten nicht fordern könne, daß er sich durch seine Aussagen selbst belaste, unstatthaft sei. Nachdem hierüber allseitige Verständigung erzielt worden war, ließ der Präsident durch den Bedenken den Bourbair in den Gerichtssaal einführen. Derselbe trat mit der größten Dreistigkeit vor dem Gerichtshofe auf, wußte, was ihm mit dem Drucke der Brandaufreife beauftragt habe. Da derselbe die Ant- wort schuldig blieb, so erklärte der Präsident, daß man auf sein Zeugnis verzichte, und daß man auf den Bedenken, Bourbair hinaus- zuführen. Da drehte sich dieser um und rief: „Ich habe gewisse Sachen, welche dem

Generalstaatsanwalt notwendig sein könnten und welche ich“ — entrußt er sich der Staats- anwaltschaft mit den Worten: „Ich brauche Ihre Sachen nicht. Ich befinde mich hier in einer unerhörten Lage. Man stellt mir den Leiter und die Beamten der öffentlichen Sicherheit als Zeugen gegenüber, aber ich habe mit ihnen keine Beziehungen. Die öffentliche Sicherheit bedarf geheimer Agenten; das ist ein notwendiges Uebel, aber die Staatsanwaltschaft hat mit diesen Spionen nichts gemein. Bourbair, dieser besoldete Agent der Sicherheitsbehörde, wird wegen Aus- reizung verfolgt werden. Ich hoffe die Schuld der Angeklagten auch ohne die Zeugnisse von Spionen erweisen zu können.“ Absolet Janjou erwiderte ihm, die Verhandlungen hätten klar- gemacht, daß die Staatsanwaltschaft auf Abwege geraten; es handelt sich um einen politischen Prozeß in den Tagen der Regierung, aber alle Welt weiß jetzt, daß eine ernsthaftige Verschwörung gar nicht vorhanden war und daß „dieses famose Komplott das Werk dieses hier vor uns stehen- den Erzählens und seiner Komplizen ist“. Zornentbrannt künzte Bourbair auf den Ver- theidiger los, aber die Bedenken ergriffen ihn und schafften ihn hinaus. In Folge eines weiteren scharfen Wortwechsels zwischen den Ver- theidigern und dem Generalstaatsanwalt bekannte der Letzte, daß das Ministerium die Erhebung der Anklage gewünscht hat; die ministerielle An- schauung unterstützte der erste Generalstaats- anwalt Herr Van Schoor, während der Leiter der öffentlichen Sicherheit, Herr Gauthier de Masse, davon abriet. Die gesamte liberale Presse, welche mit rührender Einmüthigkeit jetzt, da sie die Verbindung der Minister mit den Spionen nicht ableugnen kann, das Ministerium retten will, sieht die ganze Schuld auf die „liberale“ Staats- anwaltschaft, aber der ganze Vorgang erschüttert die Stellung der Regierung.

Frankreich.

Paris, 17. Mai. Senat. Beratung des Artikel 23 des Abstruktionsgesetzes bezüglich der Befreiung vom Militärdienste. Der Minister- präsident Tirard bezeugte die Befreiung der Studierenden und der Theo- logen als ein Privilegium und forderte den Senat auf, das Gesetz nach dem von der Kammer gebilligten Texte zu genehmigen. Doch stimmte die Regierung im Falle einer Modifi- kation zu, daß die Studierenden der Medizin und der Pharmacie, sowie die Seminaristen in dem Sanitätsdienste verwendet würden. Jules Simon erhebt gegen das Wort „Privilegium“ Protest. Der erste Paragraph des Artikels 23, mit dem Inbilde, daß der Senat der Befreiung nach einem Dienstjahre zustimmt, wird mit 184 gegen 82 Stimmen angenommen. Montag Fort- setzung.

Paris, 17. Mai. Die Pariser Katholiken- versammlung hat heute eine mit 3000 Unter- schriften versehene Adresse an den Papst gerichtet, in der sie sich für die Wiederanerkennung der weltlichen Macht ausspricht.

Italien.

Rom, 17. Mai. (B. Z.) Imbriani entwickelte in der heutigen Kammer Sitzung seine Interpellation betreffs des italienischen Konsuls in Triest, der den ihm geschäft- lich verfahrenen Notar Piccoli dem österreichischen Gerichten als Irrendeniten denunziert habe. Imbriani verlas ein ganzes Sündenregister des Konsuls, der unangekündigt für sein Vaterland die größte Nichtachtung an den Tag gelegt und u. A. bei dem Nationalfest nicht einmal die italienische Flagge aufgezogen habe. Unter den Abgeordneten herrschte während der Aussprache Imbrianis die größte Aufregung, selbst der Präsident der Deputiertenkammer erhob den Ein- wurf, die Haltung des Triester Konsuls sei, wenn sie thatsächlich der gemachten Schilderung entspreche, eine Skandalose. Darauf erklärte Imbriani, derselbe für seine Behauptungen zu ha- ben. Der Ministerpräsident Crispi hob in seiner Erwiderung hervor, es sei strengste Untersuchung eingeleitet, der Triester Konsul sei bereits nach Rom berufen und die Regierung werde, falls sich die ungeheuren, gegen den Konsul erhobenen An- klagen bewahrheiten, ihre Pflicht vollstän- dig erfüllen. Imbriani dankte Crispi für dessen Er- klärung und erkannte an, daß seit Jahresfrist die Regierung ein würdigeres Auftreten gegen Oesterreich zeige als früher. Crispi's Erklärung- en fanden den lebhaftesten Beifall des Hauses.

Auf speziellen Wunsch des Königs wird während der Reise desselben nach Berlin die Kammer nicht verlagert werden. Mehrere Be- kanntenvereine bereiten für die Abreise des Königs von Rom beifällige Kundgebungen auf dem dortigen Bahnhofe vor.

Rom, 17. Mai. Das „Antiche Blättchen“ veröffentlicht den Handelsvertrag mit Grie- chenland. — Das nächste geheime Konsistorium soll am 24. d. das öffentliche am 27. d. stattfinden. — Der deutsche Botschafter, Graf Solms, ist nach Deutschland abgereist, um bei der An- kunft des Königs von Italien anwesend zu sein. Der diesseitige Gesandte in Bern kehrt ebenfalls auf seinen Posten zurück, um den König bei seiner Durchreise zu begrüßen.

Rom, 17. Mai. Sonntag Nachmittag um 4 Uhr wird der König seine Reise nach Berlin über Genua, Venedig, Frankfurt a. M. und Leipzig antreten. In jeder der genannten Städte wird der König einen halbtägigen Aufenthalt nehmen.

Schweden und Norwegen.

Am Stockholm, 17. Mai, teleb der „B. Z.“ geschrieben: Die vor mehreren Jahren von der Regierung eingesetzte Arbeit- verhältnisse-Kommission hat nunmehr ihren Altersversicherungs-Gesetzentwurf der Re- gierung zugeföhrt. Hiernach ist jeder schwedische

obersten Vermittler, zum wahren Entscheld-